



Linke und Grüne, hier Heidi Reichinnek und Robert Habeck, arbeiten in der Opposition zusammen. Für manche Initiativen im Bundestag benötigen sie allerdings die Unterstützung der rechtspopulistischen AfD – die beide Parteien ablehnen.

Foto: Jens Büttner/dpa

Interview

„Argument wird überdehnt“

Zusammen hätten sie im Bundestag viel Einfluss, aber Grüne und Linke wollen in der Opposition nichts mit der AfD zu tun haben. Der Politikwissenschaftler Oliver W. Lembcke von der Uni Bochum, sieht Folgen einer derart zersplitterten Opposition für die Demokratie, weil es in der Opposition in erster Linie um Kritik an der Regierung gehe. Daran fehle es unter Umständen.

Weil für Grüne und Linke auch in der Opposition die Brandmauer gegenüber der AfD gilt, wird es in der gesamten Legislaturperiode keinen Untersuchungsausschuss geben, außer die Regierungskoalitionen stimmen zu. Ist das ein Problem für die Demokratie?

Oliver W. Lembcke: Ja! Bei uns hat die Regierung mit den Mehrheitsfraktionen eine sehr enge Machtbeziehung. Die Kontrolle der Regierung fällt damit in besonderer Weise der Opposition zu. Die Brandmauer sollte nicht zu einem Minus an verantwortungsvoller Oppositionsarbeit führen.

Für die beiden linken Parteien ist die AfD eine faschistische Partei, mit der sie nicht zusammenarbeiten möchten.

Bei der Arbeit in der Opposition geht es ja im Kern um Kritik an der Regierung, nicht um gemeinsame Gestaltung. Man überdehnt das Brandmauer-Argument, wenn dieser Unterschied keine Rolle spielt. Die Brandmauer lässt sich nur im Bereich der Gestaltungsmacht rechtfertigen – und selbst da sollte man es nur mit Umsicht einsetzen.

Die Grünen befürchten, dass die Antworten der Regierung auf Anfragen der Opposition ohne das angeordnete Schwert eines möglichen U-Ausschusses unvollständiger ausfallen werden. Halten Sie das für plausibel?

Nun, eine Rute im Fenster hilft immer beim Durchsetzen von Ansprüchen. Allerdings muss man einschränken: Untersuchungsausschüsse sind nur in Ausnahmefällen die plausible Fortsetzung von alltäglicher Parlamentsarbeit der Opposition.



Politikwissenschaftler Oliver W. Lembcke. Foto: Guido Werner

Im Parlamentarischen Kontrollgremium sitzt derzeit nur ein Vertreter der Opposition. Kann ein Mann drei deutsche Geheimdienste kontrollieren?

Das Gremium ist derzeit unterbesetzt, keine Frage. Aber: Der vertrauenswürdige Umgang mit sicherheitspolitisch sensiblen Daten setzt vertrauenswürdige Personen voraus. Für einen gewissen Zeitraum kann man da die Devisen akzeptieren: lieber keine Person als die falsche. Aber diese Aufgabe lässt kaum Raum für parteipolitische Spielchen. Beide Seiten sollten ein Interesse daran haben, geeignete Personen zu finden.

Dominik Guggemos

Opposition ohne echte Macht

Bundestag Linke, Grüne und AfD bilden ein zahlenmäßig starkes Gegenstück zur Regierung. Die Brandmauer nach rechts verhindert aber die gemeinsame Arbeit.

Von Dominik Guggemos und André Bochow

Schieflage im Kontrollgremium

Das Parlamentarische Kontrollgremium ist der geheimste Ausschuss im Bundestag, denn er kontrolliert die drei Geheimdienste. Eigentlich sollten dort neben fünf Vertretern der Regierungskoalitionen auch vier Oppositionspolitiker sitzen. Gewählt wurde zu-

letzt allerdings nur Konstantin von Notz (Grüne).

Die Linken-Fraktionschefin Heidi Reichinnek und zwei Vertreter der AfD verfehlten die erforderliche Mehrheit im Plenum. Eine erneute Abstimmung mit mög-

lichen neuen Kandidaten wird erst in einigen Monaten erwartet. „Eine stärkere Vertretung der demokratischen Opposition wäre im Sinne der Beschluss- und Arbeitsfähigkeit des Gremiums wichtig“, mahnt die Grünen-Politikerin Irene Mihalic.

nerös. „Wir sind immer gerne bereit, da zusammenzuarbeiten, wo es passt“, sagt der stellvertretende Parteivorsitzende Stephan Brandner. Als aktuelles Beispiel nennt Brandner einen Untersuchungsausschuss zur Maskenfärbung von Unionsfraktionschef Jens Spahn – den auch Grüne und Linke gerne einsetzen würden. Der Antrag müsse auch nicht von der AfD kommen, betont Brandner. „Wenn Linke und Grüne einen Antrag vorlegen würden, in dem keine großen Dummheiten drinstehen, würden wir dem freilich zustimmen.“

Johannes Hillje plädiert für Gelassenheit. „Dass die Opposition nicht alle Oppositionsrechte in Anspruch nehmen kann, hat es schon zuvor in der bundesrepublikanischen Geschichte gegeben“, sagt der Politikberater. In solchen Fällen sei die Kontrolle durch Medien und Zivilgesellschaft besonders gefragt. Die Grünen hoffen jetzt laut Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic auf ein „Fairness-Abkommen“ mit der Regierung. „Darin wollen wir vereinbaren, unter welchen Bedingungen die beiden Koalitionsfraktionen bereit sind, Untersuchungsausschüsse zu ermöglichen.“ Auch Reichinnek erwartet „von Union und SPD die Zusicherung, dass es aus den Regierungskoalitionen ausreichend Zustimmung zu entsprechenden Anträgen der demokratischen Opposition geben wird, wenn es im öffentlichen Interesse ist.“

Wie solche objektiven Kriterien konkret aussehen könnten, bleibt offen. Aus Sicht von Johannes Hillje könnte ein Hebel in der Richterwahl liegen. „Opposition und Regierung sind für die Einsetzung eines Untersuchungsaus-

schusses einerseits und die Ernennung von Verfassungsrichtern andererseits aufeinander angewiesen“, sagt der Berater. Um beides zu ermöglichen, könne man eine transparente Übereinkunft finden. „Das wäre demokratische Kooperationskultur.“

Doch mit den Linken will die Union ja bekanntlich genauso wenig zusammenarbeiten wie alle Fraktionen mit der AfD. In der am Montag beginnenden letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause müssen drei Richter für das Verfassungsgericht nominiert werden, sonst wechselt das Vorschlagsrecht vom Bundestag zum Bundesrat. Laut Reichinnek haben bisher keine Gespräche stattgefunden. „Ich frage mich, wie unter diesen Umständen eine gemeinsame Wahl möglich sein soll.“ Es sei die Aufgabe der Union, für ihren Personalvorschlag Mehrheiten zu organisieren. „Das ist ohne Gespräche nicht denkbar.“

Kritik an Brandmauer

Alle blockieren sich also irgendwie gegenseitig. Volker Boehme-Neßler sieht darin ein strukturelles Problem. Ohne eine schlagkräftige Opposition funktionieren die parlamentarische Demokratie nicht richtig, sagt der Oldenburger Staatsrechtler und fügt hinzu: „Die Brandmauer beschädigt die Demokratie.“ Aus Sicht von Boehme-Neßler gilt das sowohl für den Umgang von Grünen und Linken mit der AfD als auch für das Verhalten der Union gegenüber den Linken bei der Richterwahl. „Es ist ein demokratisches Armutszeugnis für das Parlament, wenn es keine Richter benennen kann und der Bundesrat als ‚Nothelfer‘ einspringen muss.“

Zahl des Tages

1,4

Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland arbeiten. Davon gehen fast 375.000 mehr als nur einer geringfügigen Beschäftigung nach. Der Linken-Abgeordnete Dietmar Bartsch bezeichnete die Daten als „Armutszeugnis“. Deutschland sei das Land mit der stärksten Wirtschaft und liege mit seinem Rentenniveau 10 Prozentpunkte unter dem EU-Schnitt. epd

Litauen

Steinmeier sagt Unterstützung zu

Vilnius. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Litauen die Unterstützung Deutschlands bei der Verteidigung seiner Freiheit zugesichert. „Mit der Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen leisten wir ein dauerhaftes Versprechen: Eure Sicherheit ist unsere Sicherheit“, sagte Steinmeier bei der Feier zum Nationalfeiertag in der Hauptstadt Vilnius. Steinmeier nannte dabei Russland nicht direkt, dessen Armee vor gut drei Jahren in die Ukraine einmarschiert war. dpa



Geburtstag unter Freunden

Der Dalai Lama nimmt an seinem 90. Geburtstag einen Snack, während Schauspieler Richard Gere ihn anlächelt. Tausende Gläubige feierten in einem Tempel in Indien das geistige Oberhaupt der Tibeter. Foto: Niharika Kulkarni/afp

Ukraine-Krieg

Hunderte Drohnen auf beiden Seiten

Kiew/Moskau. Russland und die Ukraine haben nach Militärangaben jeweils mehr als 100 Drohnenangriffe des Gegners verzeichnet. Demnach setzte Russland in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Nacht 157 Drohnen und vier Raketen ein. Es habe Einschläge an 19 Stellen gegeben, teilten die Luftstreitkräfte in Kiew mit. Russlands Verteidigungsministerium teilte mit, dass die Flugabwehr 120 ukrainische Drohnen vernichtet oder abgefangen habe. dpa

Saudi-Arabien

180 Hinrichtungen seit Jahresbeginn

Riad. Angesichts der anhaltend hohen Zahl von Hinrichtungen in Saudi-Arabien dringt Amnesty International auf mehr Druck der internationalen Gemeinschaft. Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation wurden im laufenden Jahr bereits 180 Menschen in dem arabischen Land exekutiert. Allein im Juni wurden 46 Menschen hingerichtet. Angewandt wurde die Todesstrafe demnach vor allem bei Drogendelikten (66 Prozent der Fälle 2025). epd